

1983

Ausgegeben zu Bonn am 4. Februar 1983

Nr. 3

| Tag       | Inhalt   | Seite |
|-----------|--|-------|
| 31. 1. 83 | <b>Gesetz zu dem Abkommen vom 24. Juli 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sri Lanka über den Luftverkehr</b> .....                      | 41    |
| 31. 1. 83 | <b>Gesetz zu dem Abkommen vom 14. Juni 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Zaire über den Luftverkehr</b> .....                          | 48    |
| 11. 1. 83 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland .....               | 55    |
| 11. 1. 83 | Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 152 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Arbeitsschutz bei der Hafendarbeit .....         | 56    |
| 13. 1. 83 | Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-seschellischen Luftverkehrsabkommens .....   | 56    |
| 14. 1. 83 | Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Liberia über Finanzielle Zusammenarbeit ..... | 57    |
| 17. 1. 83 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen .....                                      | 58    |
| 17. 1. 83 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins .....   | 59    |

*Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes sind für die Abonnenten das Titelblatt, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für das Bundesgesetzblatt Teil II, Jahrgang 1982, beigelegt.*

## **Gesetz zu dem Abkommen vom 24. Juli 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sri Lanka über den Luftverkehr**

Vom 31. Januar 1983

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### **Artikel 1**

Dem in Colombo am 24. Juli 1973 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sri Lanka über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

### **Artikel 2**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 31. Januar 1983

Der Bundespräsident  
Carstens

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr  
Dr. W. Dollinger

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

**Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Republik Sri Lanka  
über den Luftverkehr**

**Air Transport Agreement  
between the Federal Republic of Germany  
and the Republic of Sri Lanka**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Sri Lanka

The Federal Republic of Germany  
and  
The Republic of Sri Lanka

in dem Wunsch, den Luftverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu regeln,

Desiring to make arrangements for the regulation of air transport between their respective territories and beyond,

haben folgendes vereinbart:

Have agreed as follows:

**Artikel 1**

**Article 1**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

(1) For the purposes of the present Agreement, unless the text otherwise requires:

- a) „Luftfahrtbehörde“: in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr; in bezug auf die Republik Sri Lanka den Direktor für Zivilluftfahrt (Director of Civil Aviation) oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- b) „bezeichnetes Unternehmen“: ein Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien Fluglinienverkehr betreiben soll;
- c) „Vertragspartei“ oder „Vertragsparteien“: die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Sri Lanka oder gegebenenfalls beide oder ihre ordnungsgemäß befugten Vertreter.

- (a) the term "aeronautical authorities" shall mean in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Transport; in the case of the Republic of Sri Lanka, the Director of Civil Aviation or in both cases any other person or agency authorized to perform the functions exercised by the said authorities;
- (b) the term "designated airline" shall mean the airline that one Contracting Party has designated in writing to the other Contracting Party in accordance with Article 3 of the present Agreement as being the airline which is to operate air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement;
- (c) the term "Contracting Party" or "Contracting Parties" shall mean the Republic of Sri Lanka or the Federal Republic of Germany or both, as the case may be, or their duly authorized representatives.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt in der jeweils letztgültigen Fassung festgelegte Bedeutung.

(2) the terms "territory", "air service", and "stop for non-traffic purposes" shall, for the purpose of the present Agreement, have the meaning laid down in Articles 2 and 96 of the Convention of December 7, 1944, on International Civil Aviation as amended at present or in future.

**Artikel 2**

**Article 2**

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zur Durchführung des Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien

(1) Each Contracting Party shall grant to the other Contracting Party for the purpose of operating air services by the designated airlines over the routes specified in accordance with paragraph (2) of this Article –

- a) das Recht, ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen;
- b) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen;
- c) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet an den Punkten, die in den nach Absatz 2 festgelegten Linien aufgeführt sind, zu landen, um Fluggäste, Post und/oder Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

- (a) the right to fly across its territory without landing;
- (b) the right to land in its territory for non-traffic purposes; and
- (c) the right to land in its territory at the points named on the routes specified in accordance with paragraph (2) of this Article, in order to take on or discharge passengers, mail and/or cargo on a commercial basis.

(2) Die Linien, auf welchen die bezeichneten Unternehmen der Vertragsparteien Fluglinienverkehr betreiben können, werden in einem Fluglinienplan festgelegt, der durch Notenwechsel zwischen den Vertragsparteien vereinbart wird.

Artikel 3

(1) Der Betrieb des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt sind, ein Unternehmen schriftlich bezeichnet hat und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 und vorbehaltlich des Artikels 9 die Genehmigung zum Betrieb des Fluglinienverkehrs unverzüglich.

(3) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei kann von dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, die Voraussetzungen der Gesetze und sonstigen Vorschriften zu erfüllen, die von dieser Behörde gemäß dem Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt im allgemeinen und billigerweise auf den Fluglinienverkehr angewendet werden.

(4) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei kann dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften der anderen Vertragspartei oder dieser selbst zustehen.

Artikel 4

(1) Eine Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze und sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht befolgt oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Artikel 3 Absatz 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht macht eine Vertragspartei nur nach einer Konsultation nach Artikel 12 Gebrauch, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebs oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Eine Vertragspartei kann durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei das von ihr bezeichnete Unternehmen unter den Voraussetzungen des Artikels 3 durch ein anderes ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 5

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem Fluglinienverkehr erhoben werden.

(2) The routes over which the designated airlines of the Contracting Parties will be authorized to operate air services shall be specified in a Route Schedule to be agreed upon in an exchange of notes between the Contracting Parties.

Article 3

(1) The air services on the routes specified in accordance with the paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement may be started at any time, provided –

- (a) the Contracting Party to whom the rights specified in paragraph (1) of Article 2 are granted, has designated one airline, in writing, and
- (b) the Contracting Party granting these rights has authorized the designated airline to initiate the air services.

(2) The Contracting Party granting these rights shall, subject to the provisions of paragraphs (3) and (4) of this Article and subject to the provisions of Article 9 of the present Agreement, give without delay the said authorization to operate the air service.

(3) The aeronautical authorities of one Contracting Party may require the airline designated by the other Contracting Party to satisfy them that it is qualified to fulfil the conditions prescribed under the laws and regulations normally and reasonably applied to the operation of air services by such authorities in conformity with the provisions of the Convention.

(4) The aeronautical authorities of each Contracting Party may withhold the exercise of the rights provided for in Article 2 of the present Agreement from the airline designated by the other Contracting Party if such airline is not able to prove upon request that substantial ownership and effective control of such airline are vested in nationals or corporations of the other Contracting Party or in that Party itself.

Article 4

(1) Each Contracting Party shall have the right to revoke, or limit by the imposition of conditions, the authorization granted in accordance with paragraph (2) of Article 3 of the present Agreement in the event of failure by a designated airline to comply with the laws and regulations of the Contracting Party granting the rights or to comply with the provisions of the present Agreement or to fulfil the obligations arising therefrom. This shall also apply if the proof referred to in paragraph (4) of Article 3 is not furnished. Each Contracting Party shall exercise this right only after consultation as provided for in Article 12 of the present Agreement unless an immediate suspension of operations or imposition of conditions is necessary to avoid further infringements of laws or regulations.

(2) Each Contracting Party shall have the right by written communication to the other Contracting Party to replace subject to the provisions of Article 3 the airline it has designated by another airline. The newly designated airline shall have the same rights and be subject to the same obligations as the airline which it replaces.

Article 5

The charges imposed in the territory of either Contracting Party for the use of airports and other aviation facilities on the aircraft of the designated airline of the other Contracting Party shall not be higher than those imposed on aircraft of a national airline engaged in similar air services.

## Artikel 6

(1) Die von dem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch, soweit die an Bord der genannten Luftfahrzeuge befindlichen Waren auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Bordvorräte, Ersatzteile und übliche Ausrüstungsgegenstände, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 bezeichneten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

## Artikel 7

(1) Den bezeichneten Unternehmen beider Vertragsparteien wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf jeder nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie zu betreiben.

(2) Bei dem Betrieb des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien nimmt das bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der ganz oder teilweise auf den gleichen Linien von diesem Unternehmen betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien dient vor allem dazu, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, die das Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieses Unternehmens, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten von und nach dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat;
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs;

## Article 6

(1) Aircraft operated by the designated airline of either Contracting Party and entering, departing from, or flying across the territory of the other Contracting Party, as well as fuel, lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft stores on board such aircraft, shall be exempt from customs duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation or transit of goods. This shall also apply to goods on board the aircraft consumed during the flight across the territory of the latter Contracting Party.

(2) Fuel, lubricants, aircraft stores, spare parts and regular equipment, temporarily imported into the territory of either Contracting Party, there to be immediately or after storage installed in or otherwise taken on board the aircraft of the designated airline of the other Contracting Party, or to be otherwise exported again from the territory of the former Contracting Party, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph (1) of this Article.

(3) Fuel and lubricants taken on board the aircraft of the designated airline of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and used in air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement, shall be exempt from the customs duties and other charges mentioned in paragraph (1) of this Article, as well as from any other special consumption charges.

(4) Each Contracting Party may keep the goods mentioned in paragraph (1) to (3) of this Article under customs supervision.

(5) To the extent that no duties or other charges are imposed on goods mentioned in paragraphs (1) to (3) of this Article, such goods shall not be subject to any economic prohibitions or restrictions on importation, exportation or transit that may otherwise be applicable.

## Article 7

(1) There shall be fair and equal opportunity for the designated airlines of both Contracting Parties to operate air services on any route specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement.

(2) In the operation of air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement, the designated airline of either Contracting Party shall take into account the interests of the designated airline of the other Contracting Party so as not to affect unduly the air services which the latter airline operates over the same routes or parts thereof.

(3) The air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement shall have as their primary objective the provision of capacity adequate to the foreseeable traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airline. The right of such airline to carry traffic between points of a route specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement which are located in the territory of the other Contracting Party, and points in third countries shall be exercised, in the interests of an orderly development of international air transport, in such a way that capacity is related to –

- (a) the traffic demand to and from the territory of the Contracting Party designating the airline;
- (b) the traffic demand existing in the areas through which the air services pass, taking into account local and regional air services;

c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebs der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

(c) the requirements of an economical operation of through-traffic routes.

#### Artikel 8

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Flugzeugtypen und die Flugpläne mit. Entsprechendes gilt für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei übermittelt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen, die billigerweise angefordert werden können, um das im vereinbarten Linienverkehr von dem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen enthalten alle Angaben, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des von dem Unternehmen im vereinbarten Linienverkehr betriebenen Verkehrs erforderlich sind.

#### Artikel 9

(1) Die Tarife, die auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht angewendet werden, werden unter Berücksichtigung aller Umstände wie der Kosten des Betriebs, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien und der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise befliegen, angewendeten Tarife festgesetzt.

(2) Die Tarife werden, wenn möglich, für diese Linien zwischen den beteiligten bezeichneten Unternehmen vereinbart. Hierbei richten sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen, die aufgrund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbands (IATA) angewendet werden können, oder die bezeichneten Unternehmen vereinbaren nach Konsultation der Luftfahrtunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise befliegen, die Tarife, wenn möglich, unmittelbar.

(3) Die auf diese Weise vereinbarten Tarife werden den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(4) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen eine Vereinbarung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich eine Vertragspartei mit den ihr nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so setzen die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien die Tarife derjenigen Linien oder Linienteile, für die eine Vereinbarung nicht zustande gekommen oder eine Genehmigung nicht erteilt worden ist, im Einvernehmen fest.

(5) Wird zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien ein Einvernehmen nach Absatz 4 nicht erzielt, so wird Artikel 13 angewendet. Solange der Schiedsspruch nicht ergangen ist, kann die Vertragspartei, die sich mit einem Tarif nicht einverstanden erklärt hat, von der anderen Vertragspartei die Aufrechterhaltung des vorher in Kraft befindlichen Tarifs verlangen.

#### Artikel 10

(1) Das bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei bietet in erster Linie dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht an, alle Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Abfertigung von Fluggästen und Fracht und alle technischen Dienste auf dem Flughafen zu gemeinsam zu

#### Article 8

(1) The designated airlines shall communicate to the aeronautical authorities of the Contracting Parties not later than thirty days prior to the initiation of air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement the type of service, the types of aircraft to be used and the flight schedules. This shall likewise apply to later changes.

(2) The aeronautical authorities of either Contracting Party shall supply of the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statements of statistics as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided on the agreed services by the designated airline of the first Contracting Party. Such statements shall include all information required to determine the amount of traffic carried by the airline on the agreed services and the origins and destinations of such traffic.

#### Article 9

(1) The rates to be charged for passengers and cargo on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement, shall be fixed with due regard to all factors, such as the cost of operation, a reasonable profit, the characteristics of the various routes and the rates charged by any other airlines which operate over the same routes or parts thereof.

(2) The rates shall, if possible, be agreed for such routes between the designated airlines concerned. For this purpose the designated airlines shall be guided by such decisions as are applicable under the traffic conference procedures of the International Air Transport Association (IATA), or shall, if possible, agree on such rates directly between themselves after consulting airlines of third countries which operate over the same routes or parts thereof.

(3) Any rates so agreed shall be submitted for approval to the aeronautical authorities of both Contracting Parties not later than thirty days prior to the proposed date of their introduction. This period may be reduced in special cases if the aeronautical authorities so agree.

(4) If no agreement has been reached between the designated airlines in accordance with paragraph (2) above, or if one of the Contracting Parties does not consent to the rates submitted for its approval in accordance with paragraph (3) above, the aeronautical authorities of the two Contracting Parties shall by common accord fix those rates for routes or parts thereof on which there is lack of agreement or of consent.

(5) If no accord as envisaged in paragraph (4) above is reached between the aeronautical authorities of the two Contracting Parties, the provisions of Article 13 of the present Agreement shall apply. Until such time as an arbitral award has been rendered, the Contracting Party which has withheld its consent to a given rate, shall be entitled to require the other Contracting Party to maintain the rate previously in effect.

#### Article 10

(1) The airline designated by one Contracting Party shall, in the first instance, offer to the airline designated by the other Contracting Party the right to perform all services in relation to passenger handling, cargo handling and engineering services at the airport at rates to be mutually agreed upon. This,

vereinbarenden Tarifen durchzuführen. Dies hindert jedoch das bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei nicht daran, eigenes Personal für Zwecke seiner Verwaltung und Vertretung zu beschäftigen und das abfertigende Unternehmen zu beraten und zu unterstützen. Eine Arbeitserlaubnis ist nicht erforderlich.

(2) Lehnt es das bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei ab, die genannten Dienstleistungen zu erbringen, so kann das bezeichnete Unternehmen der anderen Vertragspartei eigene Vorkehrungen für derartige Dienstleistungen treffen.

#### Artikel 11

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

#### Artikel 12

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann eine Vertragspartei jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gleiche gilt für die Erörterung der Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 11 ohne Erfolg geblieben ist. Die Konsultation beginnt binnen sechzig Tagen nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

#### Artikel 13

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 12 beigelegt werden kann, wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von sechzig Tagen, der Obmann innerhalb von neunzig Tagen bestellt, nachdem eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann eine Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die erforderlichen Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

#### Artikel 14

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so ge-

however, does not preclude the designated airline of either Contracting Party from employing its own personnel for management and agency purposes, as well as to advise and assist the handling airline. Work permits shall not be required.

(2) In the event of the designated airline of one Contracting Party declining to undertake the services, referred to above, the designated airline of the other Contracting Party may make its own arrangements regarding the performance of such services.

#### Article 11

Exchange of views shall take place as needed between the aeronautical authorities of the Contracting Parties in order to achieve close co-operation and agreement in all matters pertaining to the application of the present Agreement.

#### Article 12

Consultation may be requested at any time by either Contracting Party for the purpose of discussing amendments to the present Agreement or to the Route Schedule or questions relating to interpretation. The same applies to discussions concerning the application of the present Agreement if either Contracting Party considers that an exchange of views within the meaning of Article 11 has not produced any satisfactory results. Such consultation shall begin within sixty days from the date of receipt by the other Contracting Party of any such request.

#### Article 13

(1) To the extent that any disagreement concerning the interpretation or application of the present Agreement cannot be settled in accordance with Article 12 of the present Agreement, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either Contracting Party.

(2) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within sixty days, and such chairman within ninety days, from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party of its intention to submit the disagreement to an arbitral tribunal.

(3) If the periods specified in paragraph (2) above have not been observed, either Contracting Party may invite the President of the Council of the International Civil Aviation Organisation (ICAO) to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging this function, the Vice President deputizing for him should make the necessary appointments.

(4) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding on both Contracting Parties. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member as well as of its representation in the arbitral proceedings; the costs of the chairman and any other costs shall be borne in equal parts by the Contracting Parties. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

#### Article 14

In the event of a general multilateral air transport convention accepted by the Contracting Parties entering into force, the

hen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen aufhebt, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 12 statt.

provisions of such convention shall prevail. Any discussions with a view to determining the extent to which the present Agreement is terminated, superseded, amended or supplemented by the provisions of the multilateral convention, shall take place in accordance with Article 12 of the present Agreement.

**Artikel 15**

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) von der Luftfahrtbehörde der Republik Sri Lanka zur Registrierung mitgeteilt.

**Article 15**

The present Agreement, any amendments to it and any exchange of notes under paragraph (2) of Article 2 of the present Agreement shall be communicated by the aeronautical authorities of the Republic of Sri Lanka to the International Civil Aviation Organisation (ICAO) for registration.

**Artikel 16**

Eine Vertragspartei gewährt dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, die im Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei erzielten Einnahmen, welche die Ausgaben übersteigen, an sein Hauptbüro zu überweisen. Diese Überweisungen haben jedoch im Einklang mit den Devisenvorschriften der Vertragspartei zu erfolgen, in deren Hoheitsgebiet die Einnahmen erzielt wurden.

**Article 16**

Each Contracting Party grants to the designated airline of the other Contracting Party the right to remit to its head office the excess over expenditure of receipts earned in the territory of the first Contracting Party. Such remittances, however, shall be in accordance with the foreign exchange regulations of the Contracting Party in the territory of which the revenue accrued.

**Artikel 17**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Eine Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit schriftlich kündigen. Das Abkommen tritt ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

**Article 17**

(1) The present Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The present Agreement shall enter into force thirty days after the exchange of the instruments of ratification.

(3) Each Contracting Party may at any time give written notice of termination of the present Agreement. It shall then expire one year from the date of receipt of such notice by the other Contracting Party.

Geschehen zu Colombo am 24. Juli 1973 in sechs Urschriften, je zwei in deutscher, singhalesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei Streitigkeiten über die Auslegung und/oder Anwendung des Abkommens ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Colombo on 24 July 1973 in six originals, two each in the Sinhala, German and English languages, all six texts being equally authentic. In the event of there being any dispute in the interpretation and/or application of the Agreement the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
For the Federal Republic of Germany  
F. G. Hoffmann

Für die Republik Sri Lanka  
For the Republic of Sri Lanka  
Leslie Goonewardene

**Gesetz  
zu dem Abkommen vom 14. Juni 1976  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Zaire  
über den Luftverkehr**

**Vom 31. Januar 1983**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates  
das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Bonn am 14. Juni 1976 unterzeichneten Ab-  
kommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Republik Zaire über den Luftverkehr wird zuge-  
stimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffent-  
licht.

**Artikel 2**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkün-  
dung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem  
Artikel 20 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt  
bekanntzugeben.

---

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und  
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 31. Januar 1983

Der Bundespräsident  
Carstens

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr  
Dr. W. Dollinger

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

---

**Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Republik Zaire  
über den Luftverkehr**

**Accord  
entre la République fédérale d'Allemagne  
et la République du Zaire  
relatif aux transports aériens**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Zaire –

La République fédérale d'Allemagne  
et  
la République du Zaire,

in dem Wunsch, die Entwicklung des Luftverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Zaire zu fördern, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Luftverkehrs zu stärken und

Désireuses de favoriser le développement des Transports Aériens entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Zaire et de renforcer la coopération internationale dans ce domaine,

insbesondere geleitet von den Grundsätzen und Bestimmungen des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt –

en s'inspirant notamment des principes et dispositions de la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale signée à Chicago le 7 décembre 1944,

haben folgendes vereinbart:

Sont convenues de ce qui suit:

**Artikel 1**

Die Vertragsparteien gewähren sich gegenseitig die in diesem Abkommen bezeichneten Rechte zur Aufnahme des internationalen zivilen Luftverkehrs gemäß dem Fluglinienplan, der durch einen diplomatischen Notenwechsel festgelegt wird.

**Article 1**

Les Parties Contractantes s'accordent d'une manière réciproque les droits et les avantages spécifiés au présent Accord, en vue de l'établissement des relations aériennes civiles internationales énumérées au tableau des services qui fera l'objet d'échange de notes diplomatiques.

**Artikel 2**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Luftfahrtbehörde“: in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr; in bezug auf die Republik Zaire die Direktion der Zivilluftfahrtsabteilung des Verkehrsministeriums oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist.
- b) „bezeichnetes Unternehmen“: ein Luftfahrtunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 4 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll.

**Article 2**

(1) Au sens du présent Accord et à moins qu'il n'en résulte autrement du texte, on entendra par:

- a) «autorité aéronautique»: dans la République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral des Transports, dans la République du Zaire, la Direction de l'Aéronautique Civile – Département des Transports et Communications, ou dans l'un et l'autre cas, toute personne ou tout service autorisé à assumer les fonctions dévolues à ces autorités,
- b) «entreprise désignée»: une entreprise de transports aériens qu'une Partie Contractante désignera par écrit à l'autre Partie Contractante, conformément à l'article 4 du présent Accord, comme étant une entreprise qui exploitera les services aériens internationaux sur les routes fixées au tableau des services.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nicht gewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt in der jeweils letztgültigen Fassung festgelegte Bedeutung.

(2) Les termes de «Territoire», «Service Aérien», «Service Aérien International» et «Escale non commerciale» ont, pour l'application du présent Accord, la signification fixée aux articles 2 et 96 de la Convention du 7 décembre 1944 relative à l'Aviation Civile Internationale dans le dernier texte en vigueur.

**Artikel 3**

(1) Eine Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zur Durchführung des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien

**Article 3**

(1) Chaque Partie Contractante accordera à l'autre Partie Contractante, en vue de l'exploitation des services aériens internationaux par les entreprises désignées sur les routes fixées au tableau des services:

- a) das Recht des Überflugs. Dieses Recht gilt nicht für Zonen, deren Überfliegen verboten ist. Der Überflug muß in jedem Fall nach den in dem jeweiligen Staat, dessen Hoheitsgebiet überflogen wird, geltenden Vorschriften durchgeführt werden;
- b) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen, vorausgesetzt, daß die Landung auf einem internationalen Verkehrsflughafen erfolgt;
- c) das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet an den im Fluglinienplan aufgeführten Punkten zu landen, um im internationalen Verkehr Fluggäste, Post und Fracht aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Jede Vertragspartei legt bei der Anwendung des Absatzes 1 die von den Luftfahrzeugen der anderen Vertragspartei auf ihrem Hoheitsgebiet einzuhaltenden Luftstraßen fest.

#### Artikel 4

(1) Der Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

- a) die Vertragspartei, der die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Rechte gewährt sind, ein Unternehmen schriftlich bezeichnet hat, und
- b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, erteilt vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 und vorbehaltlich des Artikels 12 die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs unverzüglich.

(3) Eine Vertragspartei kann von einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die durch die Gesetze und sonstige Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für die Durchführung des internationalen Luftverkehrs vorgeschrieben sind.

(4) Eine Vertragspartei kann einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Ausübung der in Artikel 3 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften der anderen Vertragspartei oder dieser selbst zusteht.

#### Artikel 5

(1) Eine Vertragspartei kann die nach Artikel 4 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze und sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht befolgt oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Artikel 4 Absatz 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht macht eine Vertragspartei nur nach einer Konsultation nach Artikel 16 Gebrauch, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebes oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Eine Vertragspartei kann durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes unter den Voraussetzungen des Artikels 4 ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

a) le droit de survoler. Il est entendu que ce droit ne s'étend pas aux zones dont le survol est interdit et qu'il devra, dans tous les cas, s'exercer conformément à la réglementation en vigueur dans les pays dont le territoire est survolé,

b) le droit d'atterrir sur son territoire pour des raisons non commerciales, sous la réserve que l'atterrissage ait lieu sur un aéroport ouvert au trafic international,

c) le droit d'effectuer sur ledit territoire aux points indiqués au tableau des services des escales en vue de débarquer et d'embarquer en trafic international des passagers, du courrier, des marchandises.

(2) Pour l'application du paragraphe 1 ci-dessus, chaque Partie Contractante désignera les routes à suivre sur son territoire par les aéronefs de l'autre Partie Contractante.

#### Article 4

(1) L'exploitation des services aériens internationaux sur les routes fixées au tableau des services pourra commencer en tout temps:

- a) lorsque la Partie Contractante, à laquelle les droits mentionnés au paragraphe 1 de l'article 3 sont accordés, aura désigné par écrit une entreprise, et
- b) lorsque la Partie Contractante qui accorde ces droits aura autorisé l'entreprise désignée à ouvrir les services aériens.

(2) Sous réserve des dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article et sous réserve des dispositions de l'article 12 du présent Accord, la Partie Contractante qui accorde ces droits donnera, sans délai, l'autorisation d'exploiter les services aériens internationaux.

(3) Chaque Parties Contractante pourra demander à une entreprise désignée par l'autre Partie Contractante la preuve qu'elle est à même de satisfaire aux conditions prescrites par les lois et règlements de la première citée pour l'exploitation des services aériens internationaux.

(4) Chaque Partie Contractante pourra refuser à une entreprise désignée par l'autre Partie Contractante l'exercice des droits prévus à l'article 3 du présent Accord si ladite entreprise n'est pas en mesure d'apporter sur demande la preuve qu'une part importante de la propriété et le contrôle effectif de cette entreprise sont entre les mains des nationaux – personnes physiques ou morales – de l'autre Partie Contractante, ou entre les mains de cette Partie Contractante elle-même.

#### Article 5

(1) Chaque Partie Contractante pourra révoquer l'autorisation accordée en application du paragraphe 2 de l'article 4 du présent Accord, ou la soumettre à des conditions restrictives, si une entreprise désignée ne se conforme pas aux lois et règlements de la Partie Contractante qui accorde les droits, n'observe pas les dispositions du présent Accord ou ne remplit pas les obligations qui en découlent. Il en sera de même si la preuve mentionnée au paragraphe 4 de l'article 4 du présent Accord n'est pas apportée. Chaque Partie Contractante ne fera usage de ce droit qu'après une consultation, conformément à l'article 16 du présent Accord, à moins qu'un arrêt immédiat de l'exploitation ou l'application immédiate des conditions restrictives ne soit nécessaire pour prévenir de nouvelles contraventions aux lois ou règlements.

(2) Chaque Partie Contractante pourra, moyennant notification écrite à l'autre Partie Contractante, remplacer par une autre entreprise dans les conditions prévues à l'article 4 du présent Accord, une entreprise désignée par elle. La nouvelle entreprise désignée jouira des mêmes droits et sera soumise aux mêmes obligations que l'entreprise qu'elle remplace.

## Artikel 6

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, sind nicht höher als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

## Artikel 7

(1) Die von einem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen Treibstoffe, Schmieröle, Ersatzteile, üblichen Ausrüstungsgegenstände und Bordvorräte, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben. Das gilt auch, soweit die an Bord der genannten Luftfahrzeuge befindlichen Waren auf dem Flug über dem Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei verbraucht werden.

(2) Treibstoffe, Schmieröle, Bordvorräte, Ersatzteile und übliche Ausrüstungsgegenstände, die in das Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei vorübergehend eingeführt werden, um dort unmittelbar oder nach Lagerung in die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingebaut oder sonst an Bord genommen zu werden oder aus dem Hoheitsgebiet der erstgenannten Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt zu werden, bleiben frei von den in Absatz 1 genannten Zöllen und sonstigen Abgaben.

(3) Treibstoffe und Schmieröle, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, bleiben frei von den in Absatz 1 bezeichneten Zöllen und sonstigen Abgaben und von etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben.

(4) Eine Vertragspartei kann die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren unter Zollüberwachung halten.

(5) Soweit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

## Artikel 8

(1) Den bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei wird in billiger und gleicher Weise Gelegenheit gegeben, den Fluglinienverkehr auf jeder im Fluglinienplan festgelegten Linie zu betreiben.

(2) Bei dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien nimmt ein bezeichnetes Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht, damit der ganz oder teilweise auf den gleichen Linien von diesem Unternehmen betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien dient vor allem dazu, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, die das Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieses Unternehmens, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer im Fluglinienplan festgelegten Linie und Punk-

## Article 6

Les taxes prélevées sur le territoire d'une Partie Contractante pour l'usage des aéroports et autres installations de navigation aérienne par les aéronefs d'une entreprise désignée par l'autre Partie Contractante ne devront pas excéder celles qui sont perçues pour les aéronefs d'une entreprise nationale dans les services aériens internationaux similaires.

## Article 7

(1) Les aéronefs qu'utilise une entreprise désignée par l'une des Parties Contractantes et qui pénètrent sur le territoire de l'autre Partie Contractante pour en ressortir ou pour le survoler, y compris les carburants, lubrifiants, pièces de rechange, objets d'équipement usuels et approvisionnements de bord, seront exempts des droits de douane et autres taxes prélevés sur les marchandises à l'entrée, à la sortie ou en transit. Cette exemption s'appliquera aussi dans la mesure où les marchandises se trouvant à bord des aéronefs en question sont utilisées pendant le survol du territoire de la Partie Contractante mentionnée en dernier lieu.

(2) Les carburants, lubrifiants, approvisionnements de bord, pièces de rechange et objets d'équipement usuels, introduits temporairement dans le territoire de l'une des Parties Contractantes pour y être, immédiatement ou après entreposage, montés sur les aéronefs d'une entreprise désignée par l'autre Partie Contractante ou pris à bord de toute autre manière, ou pour être réexportés d'une autre façon du territoire de la Partie Contractante mentionnée en premier lieu, seront exempts des droits de douane et autres taxes mentionnés au paragraphe 1 du présent article.

(3) Les carburants et lubrifiants pris, dans le territoire de l'une des Parties Contractantes, à bord des aéronefs d'une entreprise désignée par l'autre Partie Contractante, et qui sont utilisés dans le service aérien international, seront exempts des droits de douane et autres taxes mentionnés au paragraphe 1 du présent article, et de toutes taxes spéciales éventuelles sur la consommation.

(4) Chaque Partie Contractante pourra placer sous contrôle douanier les marchandises mentionnées aux paragraphes 1 à 3 du présent article.

(5) Dans la mesure où il ne sera pas perçu de droits de douane et autres taxes pour les marchandises mentionnées aux paragraphes 1 à 3 du présent article, ces marchandises ne seront pas soumises aux prohibitions et restrictions économiques à l'entrée, à la sortie et au transit qui leur seraient applicables par ailleurs.

## Article 8

(1) Les entreprises désignées par chaque Partie Contractante jouiront de possibilités égales et équitables pour l'exploitation des services aériens sur chacune des routes fixées au tableau des services.

(2) En exploitant les services aériens internationaux sur les routes fixées au tableau des services, toute entreprise désignée par une Partie Contractante tiendra compte des intérêts de l'entreprise désignée par l'autre Partie Contractante, afin de ne pas affecter indûment les services que cette dernière entreprise exploite sur tout ou partie des mêmes routes.

(3) Les services aériens internationaux sur les routes fixées au tableau des services auront pour objet essentiel d'offrir une capacité de transport correspondant à la demande probable de trafic au départ ou à destination du territoire de la Partie Contractante qui a désigné l'entreprise. Le droit de cette entreprise d'effectuer des transports sur le territoire de l'autre Partie Contractante entre des points d'une route fixée au tableau des services et des points situés dans des Etats tiers

ten in dritten Staaten auszuführen, wird im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so ausgeübt, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten von und nach dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebes der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

#### Artikel 9

Falls die Luftfahrtbehörde einer der Vertragsparteien auf einer oder mehreren Linien einen Teil oder das gesamte Beförderungsangebot, das ihr zugestanden wurde, nicht auszunützen wünscht, kann sie für eine bestimmte Zeitdauer den nicht ausgenützten Teil oder die Gesamtheit des Beförderungsangebotes dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei übertragen. Die Luftfahrtbehörde, die alle ihre Rechte oder einen Teil davon übertragen hat, kann diese jederzeit wieder übernehmen.

#### Artikel 10

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei für die Einnahmeüberschüsse, die auf ihrem Gebiet durch das bezeichnete Unternehmen durch die Beförderung von Fluggästen, Gepäck, Postsendungen und Fracht erzielt werden, die freie Überweisung zum amtlichen Kurs zu gewährleisten.

#### Artikel 11

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Flugzeugmuster und die Flugpläne mit. Entsprechendes gilt für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde einer Vertragspartei übermittelt der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien von einem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen enthalten alle Angaben, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

#### Artikel 12

(1) Die Tarife, die auf den im Fluglinienplan festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht angewendet werden, werden unter Berücksichtigung aller Umstände, wie der Kosten des Betriebes, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien und der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, angewendeten Tarife festgesetzt.

(2) Die Tarife werden, wenn möglich, für jede Linie zwischen den beteiligten bezeichneten Unternehmen vereinbart. Hierbei richten sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen, die aufgrund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) angewendet werden können, oder die bezeichneten Unternehmen vereinbaren nach einer Beratung mit den Luftfahrtunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, die Tarife wenn möglich unmittelbar.

sera exercé dans l'intérêt d'un développement ordonné des transports aériens internationaux de telle sorte que la capacité soit adaptée:

- a) à la demande de transports à destination ou en provenance du territoire de la Partie Contractante qui a désigné l'entreprise,
- b) à la demande de transports existant dans les régions traversées, compte tenu des services locaux et régionaux,
- c) aux exigences d'une exploitation rentable des routes en transit.

#### Article 9

Au cas où l'autorité aéronautique de l'une des Parties Contractantes ne désirerait pas utiliser sur une ou plusieurs routes, soit une fraction, soit la totalité de la capacité de transport qui lui a été concédée elle pourra transférer, pour un temps déterminé, à l'entreprise désignée par l'autre Partie Contractante, la fraction ou la totalité de la capacité de transport non utilisée. L'autorité aéronautique qui aura transféré tous ou une partie de ses droits pourra, à tout moment, les reprendre.

#### Article 10

Chaque Partie Contractante s'engage à assurer à l'autre Partie Contractante le libre transfert, au taux officiel, des excédents de recettes sur les dépenses réalisées sur son territoire en raison des transports de passagers, bagages, envois postaux et marchandises effectués par l'entreprise désignée de l'autre Partie Contractante.

#### Article 11

(1) Les entreprises désignées indiqueront aux autorités aéronautiques des deux Parties Contractantes, un mois au plus tard avant l'ouverture des services aériens sur les lignes fixées au tableau des services, le type de service, les types d'avions envisagés, ainsi que les horaires. La même règle sera valable, par analogie, pour les changements ultérieurs.

(2) L'autorité aéronautique de l'une des Parties Contractantes fournira sur demande à l'autorité aéronautique de l'autre Partie Contractante toutes données statistiques régulières ou autres des entreprises désignées pouvant être équitablement sollicitées pour contrôler la capacité de transport offerte par une entreprise désignée par la première Partie Contractante sur les lignes fixées au tableau des services. Ces données contiendront toutes les indications nécessaires pour déterminer le volume ainsi que l'origine et la destination du trafic.

#### Article 12

(1) Les tarifs qui sont appliqués, sur les routes fixées au tableau des services, aux passagers et aux marchandises, seront établis compte tenu de tous les facteurs, tels que le coût de l'exploitation, un bénéfice raisonnable, les conditions particulières des diverses routes, et les tarifs appliqués par d'autres entreprises desservant tout ou partie de la même route.

(2) Les tarifs seront convenus, si possible, pour chaque route entre les entreprises désignées intéressées. A cet égard, les entreprises désignées tiendront compte des décisions applicables en vertu de la procédure pour l'établissement des tarifs fixée par l'Association Internationale des Transports Aériens (A.I.T.A.) ou bien elles conviendront de ces tarifs si possible directement entre elles, après consultation des entreprises de transports aériens d'Etats tiers qui desservent tout ou partie de la même route.

(3) Die auf diese Weise vereinbarten Tarife werden den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(4) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen eine Vereinbarung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich eine Vertragspartei mit den ihr nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so setzen die Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien die Tarife derjenigen Linien und Linienteile, für die eine Übereinstimmung nicht zustande gekommen ist, im Einvernehmen fest.

(5) Wird zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien ein Einvernehmen nach Absatz 4 nicht erzielt, wird Artikel 17 angewandt. Solange der Schiedsspruch nicht ergangen ist, kann die Vertragspartei, die sich mit einem Tarif nicht einverstanden erklärt hat, von der anderen Vertragspartei die Aufrechterhaltung des vorher in Kraft befindlichen Tarifs verlangen.

#### Artikel 13

Jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei kann in den Flughäfen und Städten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, in denen es eine eigene Vertretung zu unterhalten beabsichtigt, sein eigenes Personal für seine Geschäfte unterhalten und beschäftigen. Die zur Ausübung dieser Tätigkeit erforderliche Arbeitserlaubnis wird auf Antrag erteilt. Sieht ein bezeichnetes Unternehmen von der Einrichtung einer eigenen Organisation in den Flughäfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ab, so läßt es nach Möglichkeit die in Betracht kommenden Arbeiten durch das Personal eines solchen Flughafens oder eines von der anderen Vertragspartei nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Unternehmens ausführen.

#### Artikel 14

Die Besatzungsmitglieder, Fluggäste und Frachtverlader haben sich entweder persönlich oder durch Vermittlung eines in ihrem Auftrag und Namen handelnden Dritten an die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Besatzungsmitgliedern, Fluggästen oder Frachtgütern zu halten, wie z. B. die Vorschriften über die Einreise, die Einwanderung, Auswanderung, Paßformalitäten, Formalitäten im Falle des Urlaubs, Zollabfertigung, Gesundheits- und Devisenvorschriften.

#### Artikel 15

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

#### Artikel 16

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans oder von Auslegungsfragen kann eine Vertragspartei jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gleiche gilt für die Erörterung der Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 15 ohne Erfolg geblieben ist. Die Konsultation beginnt binnen zwei Monaten nach Eingang des Antrags bei der anderen Vertragspartei.

#### Artikel 17

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 16 beigelegt werden kann, wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Les tarifs ainsi convenus seront soumis à l'approbation des autorités aéronautiques des Parties Contractantes aux moins un mois avant la date prévue pour leur entrée en vigueur. Ce délai pourra être abrégé dans certains cas, si les autorités aéronautiques y consentent.

(4) Si les entreprises désignées ne parviennent pas à convenir des tarifs, conformément au paragraphe 2 du présent article, ou si une Partie Contractante déclare ne pas pouvoir consentir aux tarifs qui lui ont été soumis conformément au paragraphe 3 du présent article, les autorités aéronautiques des Parties Contractantes établiront ces tarifs par accord mutuel pour les routes et sections de routes sur lesquelles une entente n'a pas été réalisée.

(5) Si un accord conformément au paragraphe 4 du présent article n'est pas réalisé entre les autorités aéronautiques des Parties Contractantes, l'article 17 du présent Accord sera applicable. Tant qu'une sentence arbitrale n'aura pas été rendue, la Partie Contractante qui n'aura pas consenti à un tarif aura le droit d'exiger de l'autre Partie Contractante le maintien du tarif précédemment en vigueur.

#### Article 13

Toute entreprise désignée par une Partie Contractante pourra entretenir et occuper pour ses affaires son propre personnel dans les aéroports et les villes du territoire de l'autre Partie Contractante dans lesquels elle a l'intention d'avoir sa représentation. Le permis de travail nécessaire pour l'exécution de ces fonctions sera accordé sur demande. Si une entreprise désignée renonce à établir une organisation propre dans les aéroports situés sur le territoire de l'autre Partie Contractante, elle chargera, autant que possible, des travaux éventuels le personnel d'un tel aéroport ou d'une entreprise désignée par l'autre Partie Contractante conformément à l'alinéa a du paragraphe 1 de l'article 4 du présent Accord.

#### Article 14

Les équipages, les passagers et les expéditeurs des marchandises sont tenus de se conformer, soit personnellement, soit par l'intermédiaire d'un tiers agissant pour leur compte et en leur nom, aux lois et règlements régissant, sur le territoire de chaque Partie Contractante, l'entrée, le séjour et la sortie des équipages, passagers et marchandises, tels que ceux qui s'appliquent à l'entrée, à l'immigration, à l'émigration, aux passeports, aux formalités de congé, aux douanes, à la santé et au régime des devises.

#### Article 15

Si besoin est un échange de vues aura lieu entre les autorités aéronautiques des Parties Contractantes, afin d'assurer une coopération étroite et une entente dans toutes les affaires concernant l'application et l'interprétation du présent Accord.

#### Article 16

En vue d'examiner les modifications à apporter au présent Accord ou au tableau des services ou d'examiner des questions d'interprétation, chaque Partie Contractante pourra, à tout moment, demander qu'une consultation ait lieu. Il en sera de même en ce qui concerne l'examen de l'application de l'Accord si, de l'avis de l'une des Parties Contractantes, l'échange de vues prévu à l'article 15 n'a pas abouti. La consultation commencera dans un délai de deux mois après réception de la demande par l'autre Partie Contractante.

#### Article 17

(1) Dans la mesure où une divergence de vues sur l'interprétation ou l'application du présent Accord ne pourra être réglée conformément à l'article 16 elle sera soumise à un tribunal d'arbitrage, à la demande de l'une des Parties Contractantes.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung eine Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennung vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

#### Artikel 18

Tritt ein von den Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsübereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommen aufhebt, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 16 statt.

#### Artikel 19

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenwechsel über den Fluglinienplan werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) zur Registrierung mitgeteilt.

#### Artikel 20

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Eine Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit schriftlich kündigen. Die Kündigung wird der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation mitgeteilt. Bestätigt eine Vertragspartei den Eingang der Kündigung nicht, so gilt die Kündigungsmitteilung 15 Tage nach Eingang am Sitz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation als zugegangen.

(4) Das Abkommen tritt ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu Bonn, am 14. Juni 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc de telle manière que chaque Partie Contractante désignera un arbitre et ces deux arbitres choisiront comme président, d'un commun accord, le ressortissant d'un Etat tiers qui sera désigné par les Gouvernements des Parties Contractantes. Les arbitres devront être désignés dans les deux mois et le président dans les trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre la divergence de vues à un tribunal d'arbitrage.

(3) Si les délais prévus au paragraphe 2 du présent article ne sont pas observés chaque Partie Contractante pourra, à défaut d'un autre arrangement, prier le Président du Conseil de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale (O.A.C.I.) de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président possède la nationalité de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, c'est au Vice-Président qui le remplace qu'il appartiendra de procéder aux nominations nécessaires.

(4) Le tribunal d'arbitrage décidera à la majorité des voix. Ses décisions seront obligatoires pour les deux Parties Contractantes. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son arbitre ainsi que de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les Parties Contractantes. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage réglera lui-même sa procédure.

#### Article 18

Si les deux Parties Contractantes adhèrent à une même convention multilatérale générale sur les transports aériens, les dispositions de cette dernière primeront celles du présent Accord. Les pourparlers tendant à établir dans quelle mesure une convention multilatérale abroge, remplace, modifie ou complète le présent Accord, auront lieu conformément à son article 16.

#### Article 19

Le présent Accord, toutes ses modifications et tout échange de notes relatives au tableau des services seront communiqués pour enregistrement à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale (O.A.C.I.).

#### Article 20

(1) Le présent Accord sera ratifié. Les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Bonn.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification.

(3) Chaque Partie Contractante pourra dénoncer en tout temps le présent Accord par écrit. Une telle notification sera communiquée à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale. Au cas où la Partie Contractante qui recevrait une telle notification n'en accuserait pas réception, ladite notification serait tenue pour reçue quinze jours après sa réception au siège de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

(4) L'Accord expirera un an après réception de la dénonciation par l'autre Partie Contractante.

Fait à Bonn, le 14 juin 1976, en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Pour la République fédérale d'Allemagne  
Genscher

Für die Republik Zaire  
Pour la République du Zaire  
Karl-i-Bond

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens  
über die Zustellung von Schriftstücken  
in Verwaltungssachen im Ausland**

**Vom 11. Januar 1983**

Das Europäische Übereinkommen vom 24. November 1977 über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland (BGBl. 1981 II S. 533, 535) wird nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Österreich am 1. März 1983

in Kraft treten. Bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde hat Österreich folgende Erklärung abgegeben:

„Anlässlich der Ratifikation des Übereinkommens erklärt die Republik Österreich:

1. im Sinne des Artikels 1 Abs. 2, daß das Übereinkommen auf der Basis der Gegenseitigkeit auch in Finanz- und Strafsachen angewendet wird,
2. im Sinne des Artikels 2, daß als zentrale Behörden, welche die von Behörden anderer Vertragsstaaten ausgehenden Zustellersuchen entgegennehmen und bearbeiten
  - A. für Schriftstücke, die Angelegenheiten des Flüchtlingswesens, des Waffenwesens oder des Fremdenpolizeiwesens betreffen, für das ganze Bundesgebiet das Bundesministerium für Inneres, Herrngasse, A-1010 Wien,
  - B. im übrigen für jedes Bundesland das Amt der Landesregierung bestimmt wird, und zwar:
    - a) für das Burgenland:  
Amt der Burgenländischen Landesregierung,  
A-7000 Eisenstadt, Landhaus;
    - b) für das Land Kärnten:  
Amt der Kärntner Landesregierung,  
A-9020 Klagenfurt, Arnulfplatz 1;
    - c) für das Land Niederösterreich:  
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung,  
A-1014 Wien, Herrngasse 13;
    - d) für das Land Oberösterreich:  
Amt der Oberösterreichischen Landesregierung,  
A-4020 Linz, Klosterstraße 7;
    - e) für das Land Salzburg:  
Amt der Salzburger Landesregierung,  
A-5010 Salzburg, Chiemseehof;
    - f) für das Land Steiermark:  
Amt der Steiermärkischen Landesregierung,  
A-8011 Graz, Hofgasse;
    - g) für das Land Tirol:  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
A-6020 Innsbruck, Landhaus;
    - h) für das Land Vorarlberg:  
Amt der Vorarlberger Landesregierung,  
A-6900 Bregenz, Landhaus;
    - i) für das Land Wien:  
Amt der Wiener Landesregierung,  
A-1082 Wien, Rathaus;
3. daß einer Zustellung durch konsularische oder diplomatische Vertreter gemäß Artikel 10 Abs. 2 mit Ausnahme solcher Schriftstücke, die von konsularischen oder diplomatischen Vertretern eigenen Staatsangehörigen zugestellt werden, widersprochen wird;
4. im Sinne des Artikels 11 Abs. 2, daß eine Zustellung direkt durch die Post auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit Ausnahme von Schriftstücken
  - a) durch die eine Enteignung ausgesprochen wird,
  - b) die im Zusammenhang mit der Feststellung der Eignung Wehrpflichtiger zum Wehrdienst stehen oder den Empfänger zur militärischen Dienstleistung oder – sofern es sich um einen österreichischen Staatsbürger handelt – die sein im Ausland gelegenes Eigentum dauernd oder vorübergehend zu militärischen Zwecken heranziehen,
  - c) die einen sich auf die Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 gründenden Spruch enthalten,
  - d) die eine Angelegenheit des Waffenwesens oder des Fremdenpolizeiwesens betreffen,

zugelassen wird.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Dezember 1982 (BGBl. II S. 1057).

Bonn, den 11. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 152  
der Internationalen Arbeitsorganisation  
über den Arbeitsschutz bei der Hafendarbeit**

**Vom 11. Januar 1983**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1982 zu dem Übereinkommen Nr. 152 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1979 über den Arbeitsschutz bei der Hafendarbeit (BGBl. 1982 II S. 694) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 45 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 17. Dezember 1983

in Kraft treten wird. Die Ratifikation durch die Bundesrepublik Deutschland wurde am 17. Dezember 1982 bei dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes registriert.

Das Übereinkommen ist bereits für folgende Staaten in Kraft getreten:

|          |    |                  |
|----------|----|------------------|
| Finnland | am | 3. Juli 1982     |
| Norwegen | am | 5. Dezember 1981 |
| Schweden | am | 5. Dezember 1981 |

Das Übereinkommen wird ferner für

|         |    |                  |
|---------|----|------------------|
| Guinea  | am | 8. Juni 1983     |
| Kuba    | am | 15. Oktober 1983 |
| Mexiko  | am | 10. Februar 1983 |
| Spanien | am | 3. März 1983     |

in Kraft treten.

Bonn, den 11. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des deutsch-seschellischen Luftverkehrsabkommens**

**Vom 13. Januar 1983**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. Juli 1982 zu dem Abkommen vom 27. Februar 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Seschellen über den Fluglinienverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus (BGBl. 1982 II S. 656) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 20 Abs. 2

am 8. Januar 1983

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind am 9. Dezember 1982 in Victoria ausgetauscht worden.

Bonn, den 13. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Liberia über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 14. Januar 1983**

In Monrovia ist durch Notenwechsel vom 31. März 1981/6. Juli 1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Liberia eine Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit getroffen worden. Die Vereinbarung ist

am 6. Juli 1982

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 14. Januar 1983

**Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Dr. Ehmann**

**Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland  
Wi 445/38**

Monrovia, den 31. März 1981

Exzellenz,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die vom 29. bis 31. Oktober 1980 in Bonn zwischen unseren beiden Regierungen geführten Verhandlungen und in Ausführung des Abkommens vom 27. September 1974 zwischen unseren beiden Regierungen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit folgende Vereinbarung über einen Finanzierungsbeitrag vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Liberia die Grundlage für diese Vereinbarung ist und ermöglicht der Regierung der Republik Liberia oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfänger, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt am Main, für die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung von Durchführbarkeits-Studien und ähnlichen Untersuchungen über Vorhaben vorzugsweise des Infrastruktur- und Energiebereichs neben dem mit Regierungsabkommen vom 10. Januar 1980 gewährten Finanzierungsbeitrag von 1 400 000,- DM (in Worten: eine Million vierhunderttausend Deutsche Mark) einen weiteren Finanzierungsbeitrag von 1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark) zu erhalten, so daß ein Gesamtfinanzierungsbeitrag von 2 400 000,- DM (in Worten: zwei Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) zur Verfügung steht.
2. Die Verwendung dieses Finanzierungsbeitrags sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Republik Liberia zu schließende Finanzierungs-

vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

3. Die Regierung der Republik Liberia stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des unter Nummer 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in Liberia erhoben werden.
4. Das bei der Vergabe der Aufträge für die Durchführung der unter Nummer 1 bezeichneten Studien anzuwendende Verfahren wird in dem zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger zu schließenden Finanzierungsvertrag geregelt.
5. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.
6. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Liberia innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Falls sich die Regierung der Republik Liberia mit den unter den Nummern 1 bis 6 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Thomas Trömel

Seiner Exzellenz  
Gabriel B. Matthews  
Außenminister der Republik Liberia  
Monrovia

(Übersetzung)

Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten

Monrovia, Liberia  
6. Juli 1982

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten der Republik Liberia beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland den Empfang ihrer Note Wi 445/38 vom 31. März 1981 zu bestätigen, die auf die vom 29. bis 31. Oktober 1980 in Bonn zwischen unseren beiden Regierungen geführten Verhandlungen und den Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Bezug nimmt, in Ausführung des Abkommens vom 27. September 1974 über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit folgende Vereinbarungen über einen Finanzierungsbeitrag zu schließen:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, Ihnen mitzuteilen, daß die unter den Nummern 1 bis 6 enthaltenen Vorschläge für die Regierung der Republik Liberia annehmbar sind und daß diese Antwortnote und Ihre obengenannte Note eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum dieser Note in Kraft tritt.

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten der Republik Liberia benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

G. B. Matthews  
Minister des Auswärtigen

An die  
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland  
Monrovia

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Abkommens  
über die internationale Anerkennung  
von Rechten an Luftfahrzeugen**

**Vom 17. Januar 1983**

Das Abkommen vom 19. Juni 1948 über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen (BGBl. 1959 II S. 129) ist nach seinem Artikel XXI Abs. 3 für

Kongo (Volksrepublik) am 1. August 1982  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Februar 1982 (BGBl. II S. 180).

Bonn, den 17. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins  
Vom 17. Januar 1983**

Die nachstehend bezeichneten Verträge des Weltpostvereins vom 26. Oktober 1979 (BGBl. 1981 II S. 674)

1. Die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nebst Anhang,
2. der Weltpostvertrag,
3. das Postpaketabkommen,
4. das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen,
5. das Postscheckabkommen,
6. das Postnachnahmeabkommen,
7. das Postauftragsabkommen,
8. das Postsparkassenabkommen,
9. das Postzeitungsabkommen

sind für folgende Staaten in Kraft getreten:

|             |                              |
|-------------|------------------------------|
| China       | am 25. November 1982 Nr. 1–3 |
| El Salvador | am 11. November 1982 Nr. 1–4 |
| Spanien     | am 15. Oktober 1982 Nr. 1–9  |
| Syrien      | am 5. November 1982 Nr. 1–4  |

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Oktober 1982 (BGBl. II S. 969).

Bonn, den 17. Januar 1983

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Bertele

---

**Herausgeber:** Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 50,40 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,50 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1982 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 3,70 DM (3,- DM zuzüglich -,70 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

# Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 1982

Auslieferung ab Februar 1983

**Teil I: 15,40 DM** (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

**Teil II: 7,70 DM** (1 Einbanddecke) einschließlich Porto und Verpackung

6,5 % MwSt. sind enthalten

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren

Hinweis: Einbanddecken für Teil I und Teil II können jetzt auch zur Fortsetzung bestellt werden.

Die Titelblätter mit den Hinweisen für das Einbinden, die Zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 1982 des Bundesgesetzblattes Teil I und Teil II liegen einer der nächsten Ausgaben des Bundesgesetzblattes 1983 Teil I bzw. Teil II im Rahmen des Abonnements bei.

**Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H.**  
**Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1**